

Die EU, die Stadt und das Wohnen FR 19.2.14

PETER RIESBECK



Das Leben in französischen Großstädten folgt einem tristen Dreiklang: „Métro, boulo, dodo“ – Metro, schaffen, schlafen. Deshalb gab sich Patrick Rimbart, Bürgermeister der Stadt Nantes, auch sehr kämpferisch. „Wir müssen Europas Städte für alle bezahlbar machen“, sagte Rimbart und fügte entschlossen hinzu: „Wir wollen nicht, dass Europa uns sagt, wie wir unsere Städte entwickeln sollen.“

Genau das aber plant Europa. EU-Wettbewerbskommissar Joaquín Almunia stört sich nicht nur an den großzügigen Ausnahmen deutscher Unternehmen von der Ökostrom-Abgabe. Er schaut sich nun auch den sozialen Wohnungsbau in Europa an. Nicht unter dem Blickwinkel einer sozialen Stadt, sondern streng unter dem Fokus des Wettbewerbsrechts. Deshalb dringt Almunia darauf, die Förderung einzuschränken. Künftig soll die Einkommensgrenze für Familien mit einem Anspruch auf eine geförderte Wohnung von 38 000 Euro auf 33 000 Euro pro Jahr sinken. Mit entsprechenden Folgen. In den Niederlanden, ein Land mit traditionell stark gefördertem sozialem Wohnungsbau, würde das bedeuten, dass 650 000 Familien keinen Anspruch mehr auf einen Wohnberechtigungschein hätten.

„Das wollen wir nicht. Wir wollen auch junge Familien in unseren Innenstädten hal-

EU-Wettbewerbskommissar Almunia will die Förderung des sozialen Wohnungsbaus einschränken. Familien und Geringverdienere würden dadurch an den Rand der Städte gedrängt

ten. Wir brauchen für die Zukunft unserer Städte eine soziale Durchmischung der City. Und dafür auch bezahlbaren Wohnraum“, sagte Wiens Bürgermeister Michael Häupl am Rande der Brüsseler Konferenz „Cities of tomorrow – investing in Europe“. Er sei ein „Stadt-Freak“, sagte EU-Kommissar Johannes Hahn und kündigte am Dienstag zum Abschluss der zweitägigen Konferenz an, sein Haus umzubenennen: Der Regionalförderung wolle er künftig die städtische Entwicklung hinzufügen. „Wir müssen uns mit der

Komplexität der Städte auseinandersetzen“, forderte Hahn. Dazu gehört auch, was sich in französischen Großstädten bereits besichtigten lässt: Im Zentrum wohnen die Besserdienere, am Rande in den sogenannten Banlieus der traurige Rest.

„Wir wollen keine Ghetto“, sagte Wiens Bürgermeister Michael Häupl. Seinem Aufruf für eine soziale und bezahlbare Stadt sind dreißig europäische Metropolen gefolgt, darunter Amsterdam, Ljubljana, Bratislava, Bukarest, Lissabon und auch Berlin. In der Resolution der Bürgermeister heißt es, eine „Einengung der Förderung auf bestimmte Gruppen wird abgelehnt, da sie zu sozialer Segregation führen würde“. Sie heben eine „sichere und preisangemessene Wohnversorgung“ als eine Priorität der Stadtentwicklung hervor. Die Vielfalt Europas und seiner Gemeinden, Städte und Regionen sei eine Stärke und mache die besondere Qualität des europäischen Wohlfahrtsmodells aus. Jedem falls seien „qualitätsvolles und leistbares Wohnen für alle Menschen zu garantieren“.

Das entspricht dem europäischen Gedanken, denn Europa war immer auch ein Wohlfahrtsversprechen. Das Bild hat in der Krise ohnehin gelitten. Umso trauriger, dass die EU-Kommission nun den Wohnungsmarkt einem Wettbewerb aussetzt, der ihm nur schaden kann.